

Wahlprogramm der Partei DIE LINKE. zur Kreistagswahl im Kreis Offenbach am 14.03.2021

Präambel

Kommunalpolitik bedeutet für uns, dass wir uns einsetzen für ein gutes Leben für alle Menschen in unseren Städten und Gemeinden mit einer direkten Beteiligung der Bürger*innen für ein lebenswertes Miteinander, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit. Unser Ziel ist eine solidarische und demokratische Gestaltung unseres Gemeinwesens.

Wir treten dafür ein, dass in unserem reichen Land jeder Mensch ohne Armut und ohne Angst davor leben kann. DIE LINKE. im Kreis Offenbach setzt sich mit voller Kraft dafür ein, dass jeder Mensch ein elementares Recht auf angemessene Dienstleistungen und auf eine Infrastruktur hat, welche das Prädikat „LEBENSWERT“ auch wirklich verdient. Dazu zählen nicht zuletzt die soziale Absicherung, Zugang zu hochwertiger Bildung und zu Möglichkeiten der Freizeitgestaltung sowie ein sicheres und gepflegtes Wohn- und Lebensumfeld. Hierin sehen wir die vordringliche Aufgabe des Kreises mit seinen Städten und Gemeinden.

Die letzten Monate haben gezeigt, wie wichtig gerade diese Punkte sind. Nicht wenige Menschen in unserem Kreis haben zurzeit existenzielle Ängste und sehen eher pessimistisch in die Zukunft.

Wir fordern, dass Menschen mit geringen und mittleren Einkommen nicht die Kosten für diese Krise zahlen sollen, weder durch Kürzungen von sozialen Leistungen (z. B. Streichung von Beratungsangeboten) noch durch Erhöhungen von Gebühren, Abgaben oder Steuern für kommunale Dienstleistungen auf Kreis- oder städtischer Ebene sowie kultureller Teilhabe.

Schon jetzt wird in unserem unmittelbaren Umfeld deutlich, dass die Auswirkungen der Krise gravierend sind. Hier muss gegengesteuert werden.

Unsere Arbeit findet innerhalb und außerhalb des Parlamentes statt; Bürger*inneninitiativen und ähnliches sind nötig, um genügend Druck aufzubauen. DIE LINKE. wird sich an solchen Initiativen beteiligen und diese unterstützen.

DIE LINKE. beteiligt sich nicht an einer Politik des Stellenabbaus, der Privatisierungen, der Gebührenerhöhungen und des Sozialabbaus. DIE LINKE. zeigt eine Alternative für eine andere Politik auf und setzt sich für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen ein.

In diesem Zusammenhang müssen auch Themen angesprochen werden, die auf den ersten Blick nicht in den Rahmen der Kommunalpolitik gehören. Es handelt sich dabei um Entscheidungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene, die sich auf die Finanzen und die Wirtschaftspolitik der Kommunen auswirken. Die Stadt- und Kreisparlamente können in diesen Fragen zwar keine Entscheidungen treffen, aber sie können ihre Meinung dazu äußern und sich gemeinsam mit anderen Kommunen, Kreisen und den betroffenen Bürger*innen zur Wehr setzen. Diese Möglichkeit zur politischen Diskussion muss von allen Kommunalpolitiker*innen mit größter Entschlossenheit genutzt werden.

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

1. Reichtum besteuern, kommunale Aufgaben finanzieren und regionale Wirtschaft fördern und stärken	4
2. Soziale Gerechtigkeit vor Ort für Alt und Jung	6
3. Für eine gute und flächendeckende Gesundheitsversorgung	8
4. Inklusiver Kreis Offenbach- Gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	9
4.1 Der Kreis Offenbach als sicherer Hafen für Geflüchtete	11
4.2 Rechte von Frauen* und Queers* konsequent stärken!.....	12
5. Soziale Wohnungspolitik – für bezahlbare Mieten	15
6. Gute Bildung für alle- in der Kita und der Schule!.....	17
7. Kulturkreis Offenbach	20
8. Umwelt- und Naturschutz im Kreis Offenbach	21
9. Eine Landwirtschaft im Interesse von Landwirt*innen, Tieren und Umwelt.....	23
10. Mobilität für alle- sozial und umweltgerecht!.....	24
11. Mitmachen! Für eine bessere Politik im Kreis Offenbach	28

1. Reichtum besteuern, kommunale Aufgaben finanzieren und regionale Wirtschaft fördern und stärken

Nach dem Grundgesetz haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dieses Recht existiert heute faktisch nicht mehr. Städte und Gemeinden werden finanziell ausgeblutet. Die Ursachen sind eine chronische Unterfinanzierung öffentlicher Aufgaben, Steuergeschenke für Reiche und Konzerne sowie eine kommunalfeindliche Politik der Landesregierung.

Die von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP unterstützte sogenannte Schuldenbremse in der Landesverfassung wird von der Regierung in Wiesbaden zum Vorwand genommen, um Städte und Gemeinden zum Sozialabbau zu zwingen. Die sogenannten Schutzschirm-Programme und die im Anschluss daran eingeführte Hessenkasse sind nichts anderes als eine verschärfte Variante dieser Kürzungspolitik. Auch mit dem neuen Programm „Starke Heimat Hessen“ der Landesregierung wird sich die finanzielle Situation der Kommunen nicht verbessern, denn die schwarz-grüne Koalition hat dafür gesorgt, dass mit der Einführung der „Heimatumlage“ lediglich die Hälfte der bisherigen erhöhten Gewerbesteuerumlage den Kommunen direkt oder über den Kommunalen Finanzausgleich zurückzugeben wird. Die andere Hälfte wird dem Landeshaushalt zugeführt. Was damit wirklich passiert, steht aber nicht im vorliegenden Gesetz und wird jedes Jahr neu im Landeshaushalt geregelt. Die Regierungskoalition hat sich damit einen Topf von mehreren hundert Millionen Euro geschaffen, über den sie nach Gutsherrenart entscheiden kann. DIE LINKE. fordert, das Geld vollständig an die Kommunen zu verteilen und nicht im Landeshaushalt für Sonderprogramme zu verwenden. Werden die Steuerausfälle der Kommunen von Land und Bund nicht ausreichend kompensiert, drohen neue drastische Kürzungsrunden zu Lasten der Bürger*innen in unserem Kreis und seinen Städten und Gemeinden.

Wir fordern:

- Das Ende der Unterfinanzierung unserer Kommunen durch die Landesregierung
- Die vollständige Zuführung der Gelder aus der „Heimatumlage“ in an die hessischen Kommunen

Bei einem gerechten Steuersystem, bei dem die Reichen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Kasse gebeten würden, könnten die kommunalen Aufgaben, die allen Bürger*innen zugutekommen, problemlos erfüllt werden. In der Krise setzen wir uns dafür ein, dass die Krisenkosten nicht wieder auf breite Teile der Bevölkerung abgewälzt werden.

Wir fordern:

- Eine höhere, d.h. gerechtere Besteuerung von Reichtum und Vermögen, um die Kosten der Krise zu decken
- Die Krise muss von denen gezahlt werden, die es sich leisten können und nicht ausgerechnet von denen, die am meisten unter dieser Krise leiden

Wer bestellt, der bezahlt. An die Kommunen werden von Bund und Land zahlreiche Aufgaben der Daseinsfürsorge wie Ausbau der Kinderbetreuung, Zahlung des Sozialgeldes, Zahlung von Wohngeld usw. delegiert. Das ist im Sinne der Dezentralisierung vernünftig. Allerdings sollten die, die bestellen, auch die nötigen, zusätzlichen Mittel bereitstellen. Das ist in Hessen sogar Landesgesetz. Allerdings wird es sehr oft umgangen - die Kommunen bleiben dann auf den Kosten sitzen. DIE LINKE. fordert den Kreis Offenbach auf, die Kosten für die übertragenen Aufgaben zu ermitteln, die Bürger*innen zu informieren und gemeinsam mit anderen Städten und Gemeinden für deren Übernahme durch Bund und Land einzutreten.

Wir fordern:

- Die Ermittlung der übertragenen Kosten durch Bund und Land an den Kreis Offenbach durch diesen
- Die breite und offene Kommunikation dieser Kosten an die Bürger*innen
- Das Ende der finanziellen Haftung des Kreises Offenbach für Aufgaben von Bund und Land

2. Soziale Gerechtigkeit vor Ort für Alt und Jung

Die soziale Spaltung in Reiche und Arme sowie soziale Ungerechtigkeiten, die auf einer verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesellschaftspolitik beruhen, können nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben werden. Aber es gibt Möglichkeiten, die Situation der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Deshalb fordert DIE LINKE. Kreis Offenbach z. B. die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (von den Kindergärten über Bäder, Büchereien, Museen bis zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel) gewährt. Darüber hinaus sollen für diesen Personenkreis zusätzliche Hilfen zu besonderen Anlässen (zum Beispiel Weihnachtsbeihilfen oder Beihilfen bei Einschulungen) gewährt werden. Zudem sollen alle Versorgungsbetriebe, mit Hilfe von Sozialtarifen eine soziale und ökologische Preisgestaltung einführen.

Wir fordern:

- Die Einführung eines Sozialpasses für erwerbslose und arme Menschen
- Die finanzielle Unterstützung erwerbsloser und armer Menschen zu besonderen Anlässen
- Eine soziale und ökologische Preisgestaltung durch die Versorgungsbetriebe

DIE LINKE. Kreis Offenbach setzt sich für die konsequente Weiterführung von Projekten ein, in denen hilfsbedürftige Bürger*innen Hilfe zur Selbsthilfe erhalten. Dazu zählen u.a. auch Beratungsstellen. Qualifizierte Förder- und insbesondere Sprachprogramme sollen die Integration der Zugewanderten vor Ort vorantreiben. Die Chancengleichheit und die rechtliche Gleichheit aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion, geschlechtlicher Identität oder politischer Überzeugung ist eines der stärksten Zeichen für eine integrative Gesellschaft. Die Frage der Integration muss immer im Zusammenhang mit der sozialen Frage diskutiert werden.

Wir fordern:

- Die Weiterführung von Projekten und Beratungsstellen der Selbsthilfe für Bürger*innen
- Die Chancengleichheit und rechtliche Gleichheit aller Menschen voranzutreiben

Für DIE LINKE. bleibt es dabei: Hartz IV ist Armut per Gesetz und gehört abgeschafft. Wir nutzen jeden Handlungsspielraum in der Kommune, etwa im Bereich der Jobcenter, um den Folgen dieser Armutsgesetzgebung entgegenzutreten. Wir setzen uns für die tatsächliche Übernahme der Kosten der Unterkunft (KdU) ein. Städte, Gemeinden und Landkreise sind auch Arbeitgebende. Sie können durch eine, an den Lebensbedürfnissen der Menschen vor Ort orientierte Beschäftigungspolitik, tariflich bezahlte und existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen, die den vorhandenen Qualifikationen der Arbeitssuchenden entsprechen, den Interessen der Allgemeinheit dienen und ein Wegdrücken der Erwerbslosen in prekäre Beschäftigung verhindern. Hierzu ist eine aktive und einflussreiche wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden erforderlich und geboten.

Wir fordern:

- Auf bundespolitischer Ebene die Überwindung von Hartz IV
- Die tatsächliche Übernahme der Unterkunftskosten (kdU)
- Die wirtschaftliche Beteiligung der Kommunen, um gerecht bezahlte und sichere Arbeitsplätze zu schaffen

Die öffentliche Hand muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur die heimische Wirtschaft stärken, sondern auch die Verantwortung übernehmen, dass nur Unternehmen berücksichtigt werden, die tarifliche Vereinbarungen anwenden, berufliche Ausbildung anbieten und umweltschonende Standards einhalten. Die geringen, aber bislang vorhandenen Möglichkeiten, sollten von den Kommunen stärker genutzt werden.

Wir fordern:

- Unternehmen, die öffentliche Aufträge ausführen, vor allem nach sozialen und ökologischen Kriterien auszuwählen

3. Für eine gute und flächendeckende Gesundheitsversorgung

Menschen vor Profite! Das ist seit Jahren die gesundheitspolitische Maxime der Partei DIE LINKE. Der Verkauf der Kreiskliniken an den Asklepios Konzern zeigt deutlich, wie wichtig diese Forderung ist und bleibt. Nicht erst seit der Coronapandemie zeigen sich die Schäden einer profitgierigen Gesundheitspolitik. Die Arbeitsbelastung der Pflegekräfte ist immens. Gleichzeitig werden Pflegekräfte der Asklepios-Kliniken schlechter bezahlt, als ihnen in DGB-anerkannten Tarifverträgen zusteht, während der Eigentümer des Konzerns ein geschätztes Privatvermögen von 5 Milliarden Euro besitzt.

DIE LINKE. fordert das Ende dieser Gesundheitsversorgung zu Lasten von Personal und Patient*innen. Die Kliniken sind in Eigentum des Kreises zu überführen und das Personal umgehend angemessen zu bezahlen. Eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte, wird letzten Endes auch die fatale Unterbesetzung der Kliniken und Pflegeeinrichtungen stoppen. DIE LINKE. steht für einen Ausbau der Gesundheitsversorgung ohne Profitzwang. Lange Wartezeiten auf Termine bei Ärzt*innen sind genauso inakzeptabel, wie eine unzureichende Notfallversorgung. DIE LINKE. setzt sich dafür ein, zwei weitere Fachärzteezentren im Kreis zu bauen. Diese müssen gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein und über einen ärztlichen Bereitschaftsdienst verfügen. Es gilt außerdem, die fach- und hausärztliche, Wohnumfeld nahe Versorgung der Menschen im Kreis zu verbessern und Unterstützung bei der Ansiedlung neuer Haus- und Fachärzt*innen zu gewährleisten.

Wir fordern:

- Eine Gesundheitspolitik, welche die Patient*innen in den Fokus rückt und nicht die Profite der Gesundheitskonzerne
- Die Rückführung der Asklepios-Kliniken (Langen und Seligenstadt) in öffentliche Hand des Kreises
- Die bessere Bezahlung von Pflegekräften und das Ende der chronischen Unterbesetzung des Gesundheitssystems
- Den Bau zwei weiterer, zentral gelegener Fachärzteezentren mit Bereitschaftsdienst im Kreis Offenbach

4. Inklusiver Kreis Offenbach- Gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit trifft die Mehrheit unserer Gesellschaft überall und jederzeit. Diese zeigt sich in Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Queerphobie, als auch Antifeminismus sowie in Hetze, Diskriminierung und Übergriffen auf alle, die (vermeintlich) einer Minderheit angehören. Sie zeigt sich darüber hinaus auch in staatlichen Institutionen und veralteten gesellschaftlichen Wertvorstellungen, die durch diese staatlichen Institutionen aufrechterhalten werden. DIE LINKE. stellt sich jeder Form von Menschenfeindlichkeit entgegen. Jeder Mensch soll sich im Kreis Offenbach sicher und angenommen fühlen. Hierfür kämpfen wir mit aller Entschlossenheit. Dies gilt für alle offenen und verdeckten Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung. Offene Formen sind hierbei Beleidigungen, Hetze, Bedrohung und Angriffe auf Personen, Vereine oder Gotteshäuser. DIE LINKE. setzt sich für einen angemessenen Schutz aller Menschen im Kreis ein.

Wir fördern und unterstützen alle Initiativen, die sich für ein offenes Miteinander einsetzen. Ebenso muss ein Ausstieg aus dem menschenfeindlichen und gewaltverherrlichenden Milieu sicher möglich sein. DIE LINKE. will Beratungs- und Schutzangebote für Ausstiegswillige deutlich ausbauen und Aussteigern angemessenen Schutz bieten. Verdeckte Formen von Diskriminierung sind auch im Kreis Offenbach täglich im Alltag zu beobachten. Sie zeigen sich in der Benachteiligung auf Bildungszugänge, dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, sowie in herablassendem Umgang mit (vermeintlichen) Minderheiten. Nicht immer geschieht dies bewusst. DIE LINKE. fordert deshalb intensive Aufklärungsarbeit und eine interkulturelle und geschlechtssensible Weiterentwicklung aller Behörden und Institutionen. DIE LINKE. verurteilt den Generalverdacht gegen Einrichtungen, die überwiegend von Menschen mit Migrationshintergrund organisiert und mitgetragen werden. Wir stehen an der Seite aller hiervon betroffenen Inhaber*innen von Shisha-Bars, Restaurants und anderen Vergnügungseinrichtungen. DIE LINKE. lässt keinen Raum für faschistische Hetze und kämpft für einen vielfältigen und weltoffenen Kreis.

Wir fordern:

- Den Ausbau von Beratungs- und Schutzangeboten für Ausstiegswillige aus der rechten Szene
- Ein Ende der gruppenbezogenen Diskriminierung auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, sowie in der Bildung
- Eine intensivere Aufklärungsarbeit und Weiterentwicklung aller Behörden und Institutionen
- Den besseren Schutz von Shisha-Bars und anderen Einrichtungen, die überwiegend von Menschen mit Migrationshintergrund unterhalten werden
- Den entschlossenen Kampf für einen vielfältigen und weltoffenen Kreis Offenbach

DIE LINKE. kämpft für die Einbeziehung aller dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen in die kommunalen Entscheidungsprozesse. Wir setzen uns für deren Wahlrecht auf kommunaler Ebene ein. Solange der Gesetzgeber die notwendigen Voraussetzungen nicht schafft, müssen die Ausländerbeiräte aufgewertet und für Menschen mit Migrationshintergrund auch andere Wege für die örtliche Mitwirkung geschaffen werden. Das Demokratieprinzip gebietet, dass Menschen, die gemeinsam in einer Gemeinde leben, auch gemeinsam die kommunalen Entscheidungen für ihr Leben und ihre Zukunft treffen. Das ist ein Menschenrecht, das nicht vom Besitz eines bestimmten Reisepasses abhängig sein darf. Auch die Ideen und die Mitbestimmung junger Menschen sind eine Bereicherung für die Demokratie! DIE LINKE. fordert deshalb das kommunale Wahlrecht für alle unabhängig ihrer Herkunft und ab dem 16. Lebensjahr.

Wir fordern:

- Die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund durch Ausländerbeiräte oder neu zu schaffenden Strukturen
- Das kommunale Wahlrecht für alle ab dem 16. Lebensalter

Wir fordern gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohner*innen, wie das Menschenrecht auf Inklusion es gebietet. Das bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden darf. Wir fordern kommunale Aktionspläne und Handlungskonzepte, um Inklusion

entsprechend der „UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung“ auf kommunaler Ebene zu verwirklichen. Der Kreis Offenbach muss selbstbestimmte Strukturen von Menschen mit Behinderung fördern. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei der Beratung von und für Menschen mit Behinderungen zu. Diese muss so organisiert sein, dass nicht wirtschaftliche Interessen, sondern der Mensch mit seiner Behinderung im Mittelpunkt der Beratung steht. Zentrale Aufgabe linker Kommunalpolitik ist die barrierefreie Umgestaltung der Kommune. Barrierefreie Umgestaltungen dürfen daher niemals unter dem Hinweis auf „unverhältnismäßige Mehraufwendungen“ unterbleiben. Lokale Projekte zur Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen mit Behinderung müssen bewusst auf Menschen mit und ohne Behinderung ausgelegt werden.

Wir fordern:

- Das vollständige Teilhaberecht von Menschen mit Behinderung umzusetzen
- Die Förderung von selbstbestimmten Strukturen für Menschen mit Behinderung
- Den barrierefreien Umbau des öffentlichen Raums
- Die Förderung gemeinschaftlicher Projekte für Menschen mit und ohne Behinderung

4.1 Der Kreis Offenbach als sicherer Hafen für Geflüchtete

Obwohl weiter Menschen auf der Flucht im Meer ertrinken oder unter unmenschlichen Bedingungen leben müssen, verweigert der Bund weiterhin die Aufnahme von Menschen in Not. DIE LINKE. Kreis Offenbach sieht es als humanitäre Pflicht, Menschen in Not aufzunehmen und ihnen ein neues Zuhause zu geben. Die Ressourcen hierzu sind im Kreis Offenbach vorhanden, es ist eine Frage des politischen Willens, diese auch zu nutzen.

DIE LINKE. fordert die Aufnahme Geflüchteter aus Seenotrettung, sowie aus den überfüllten und unmenschlichen Lagern an den EU-Außengrenzen. Dazu gehört Zugang zu qualitativ hochwertiger medizinischer, psychologischer und sozialer Betreuung. Ebenso fordert DIE LINKE. die Schaffung und den Zugang zu Bildungsmöglichkeiten, Arbeitsmarkt und angemessenem Wohnraum. Absurd hohe

Mieten für minderwertige Gemeinschaftsunterkünfte, wie sie zurzeit verlangt werden, lehnen wir entschieden ab. DIE LINKE. Kreis Offenbach schafft ein gesellschaftliches Klima, dass es Geflüchteten ermöglicht im sozialen Leben, in Vereinen und Kultureinrichtungen anzukommen. Wir unterstützen alle Initiativen, die dies möglich machen. Gleichzeitig mahnt DIE LINKE. davor, ehrenamtliches Engagement auszunutzen, um Kosten für professionelle Betreuung einzusparen. Die Forderung nach finanzieller Unterstützung durch Bund und Land bleibt bestehen und wird weiterhin energisch verfolgt.

Wir fordern:

- Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Seenotrettung und den Lagern an Europas Außengrenzen
- Den Zugang für Geflüchtete zu medizinischer, psychologischer und sozialer Betreuung, sowie zum Arbeitsmarkt und zu Bildungsmöglichkeiten
- Die finanzielle Unterstützung für Projekte der Geflüchtetenhilfe auszubauen

4.2 Rechte von Frauen* und Queers* konsequent stärken!

DIE LINKE. unterstützt Menschen aller Geschlechter und sexueller Orientierungen in ihrem Kampf um Anerkennung und Gleichberechtigung. Wir hinterfragen veraltete Geschlechterrollen und fordern die Überwindung patriarchaler Strukturen, die ausschließlich der Benachteiligung von Frauen* dienen. Die kapitalistische Verwertbarkeitslogik, die die biologische und soziologische Realität ignoriert und eine erfundene Zuordnung von vermeintlich starken „Männern“ und schwachen „Frauen“ vorgibt, muss überwunden werden.

Noch immer kann mitnichten von einer vollständigen Gleichberechtigung zwischen Frauen* und Männern* gesprochen werden. Sowohl in der freien Wirtschaft als auch in der Politik, sind Menschen männlichen Geschlechts in höheren Positionen in deutlicher Überzahl zu Frauen* zu finden. Laut Gleichstellungsatlas der Bundesregierung sind nur 27% der Mandatsträger*innen in Deutschland dem weiblichen Geschlecht zugehörig. DIE LINKE. fordert daher mit Verweis auf Artikel 2 des Grundgesetzes, auf die Gleichberechtigung zwischen Frauen* und Männern* und fordert die quotierte Verteilung von Mandaten und Ämtern auf kommunaler

Ebene. Darüber hinaus stellen wir fest, dass Frauen* überproportional häufig in sozialen Berufen, wie der Pflege oder der Kinderbetreuung arbeiten - Berufsfelder die oft auch im gesellschaftlichen Konsens als unterbezahlt bewertet werden. DIE LINKE. fordert zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse von Pflegenden ein Ende der Privatisierung unserer Krankenhäuser und Pflegeheime, welche zurück in öffentliche Hand geführt werden müssen. So kann auch eine bessere Bezahlung von Frauen*, die in der Pflege tätig sind erreicht werden. Wir lehnen das veraltete Muster der kinderhütenden Hausfrau* konsequent ab und fordern Strukturen die es Frauen* ermöglichen, sich nicht zwischen eigenen Kindern und Karriere entscheiden zu müssen. Hierfür muss vor allem die Kinderbetreuung in den Kommunen ausgeweitet und kostenfrei gestaltet werden. Auch halten wir eine sichtbarere Darstellung unterschiedlichster Familienmodelle für erstrebenswert.

Wir fordern:

- Die vollständige Gleichberechtigung von Frauen* und Männern*
- Die quotierte Verteilung von Mandaten und Ämtern auf kommunaler Ebene
- Die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und der Bezahlung von Pflegenden und Erziehenden
- Die Ausweitung der Kinderbetreuung in den Kommunen
- Die Darstellung unterschiedlichster Familienmodelle in Informationsmaterialien und Werbeaktionen des Kreises und der Kommunen

Auch im Kreis Offenbach gibt es Menschen, die sich ihrem bei Geburt zugeordneten Geschlecht nicht angehörig fühlen oder sich keinem Geschlecht zugehörig empfinden. Trans- und intergeschlechtliche Menschen erfahren tagtäglich gesellschaftliche und institutionelle Diskriminierung in der Öffentlichkeit. Schon durch die binäre, d.h. zweigeschlechtliche Trennung von öffentlichen Toiletten, werden trans- und intergeschlechtliche Menschen gezwungen, sich für ein Geschlecht entscheiden zu müssen, welches nicht das ihre ist. Als LINKE. streiten wir für die bestmögliche Überwindung zweigeschlechtlicher Strukturen und der geschlechtlichen Kategorisierung von Menschen. Wir fordern daher die Umwandlung, mindestens einer öffentlichen Toilette in jedem öffentlichen Gebäude des Kreises Offenbach, zu einer für Menschen aller Geschlechter offenen Toilette. Medizinische Eingriffe bei

Neugeborenen, die zu einer „Angleichung“ des Geschlechts führen sollen, lehnen wir ab und fordern die rechtliche Anerkennung von Intergeschlechtlichkeit.

Wir fordern:

- Die Überwindung zweigeschlechtlicher Strukturen und der binären geschlechtlichen Zwangskategorisierung von Menschen
- Die Einrichtung mindestens einer, für alle Geschlechter frei zugänglichen Toilette in öffentlichen Gebäuden
- Die rechtliche Anerkennung von Intergeschlechtlichkeit und ein Verbot von geschlechtsangleichenden Operationen nach der Geburt

Da sich queere Lebensweisen nicht nur in Großstädten finden lassen, müssen auch im Kreis Offenbach Strukturen geschaffen werden, die für Menschen unterschiedlichster geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung eine Gleichberechtigung anstreben. DIE LINKE. fordert daher neben dem bereits vorhandenen Frauen*büro, die Einrichtung einer Beratungs- und Unterstützungsstelle für LSBTIQ*-Menschen (lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen) auf Kreisebene. Des Weiteren fordern wir verpflichtende Schulungen für Mitarbeitende aller öffentlicher Stellen und Behörden, um diese für den Umgang mit LSBTIQ*-Menschen bestmöglich zu sensibilisieren. Die Coronapandemie trifft queere Menschen in Stadt und Land gleichermaßen. Für viele Menschen bedeutet die Schließung queerer Bars, die Schließung des einzigen Ortes, an dem sie ohne Angst sie selbst sein dürfen, da sie in ihren eigenen Familien oder am Arbeitsplatz oft Ausgrenzung und Stigmatisierung ausgesetzt sind. DIE LINKE. streitet daher für die Schaffung öffentlicher Schutzräume im Kreis Offenbach, die auch während der Coronapandemie für LSBTIQ*-Menschen zugänglich gemacht werden müssen. Gerade junge Menschen brauchen in diesen Zeiten aber auch grundsätzlich die Möglichkeit, sich untereinander zu vernetzen und in dringenden Fällen Hilfe durch geschulte Personen zu erfahren. Wir fordern daher die Schaffung von mindestens zwei Stellen für Sozialarbeiter*innen, die im Umgang mit jungen LSBTIQ*-Menschen geschult wurden.

Wir fordern:

- Die Schaffung von Anlaufstellen zur Unterstützung und Beratung für LSBTIQ*-Menschen im Kreis Offenbach
- Die Schaffung von durch Sozialarbeiter*Innen betreuten Schutzräumen für junge LSBTIQ*-Menschen im Kreis Offenbach
- Die bestmögliche Sensibilisierung von Mitarbeitenden des Kreises Offenbach und seiner Kommunen im Umgang mit LSBTIQ*-Menschen

5. Soziale Wohnungspolitik – für bezahlbare Mieten

Angemessenes Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Doch die Situation in vielen hessischen Städten und insbesondere im Ballungsraum Rhein-Main spitzt sich immer weiter zu. Die Mieten steigen hier seit Jahren überdurchschnittlich an. Dadurch werden Menschen mit geringem Einkommen aus ihren Wohngebieten verdrängt. Das will DIE LINKE. stoppen. Soziale Wohnungspolitik ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mieter*innen dürfen nicht der Willkür eines unregulierten Wohnungs- und Finanzmarkts überlassen werden. Deshalb ist kommunale Wohnungspolitik für DIE LINKE. eine Kernaufgabe.

Einige Kommunen haben ihre eigenen Wohnungsbaugesellschaften bereits veräußert, um ihre klammen Finanzen zu sanieren. Die Folgen für die Mieter*innen sind stets Verunsicherung und Mieterhöhungen bis hin zur Verdrängung aus ihren Wohnungen. DIE LINKE. tritt für die Gründung einer nicht profitorientierten Kreiswohnungsbaugesellschaft ein. Diese muss ihren sozialen Aufgaben gerecht werden. Sie muss sozial geförderte und bezahlbare Wohnungen schaffen, sowohl durch Neubau als auch durch Erwerb von Bestandswohnungen. Sozialbindungen müssen verlängert werden. Auch nach Auslaufen der Fördermittel sollen Mieten nicht erhöht werden. Mieterhöhungen bei Neuvermietung sollen ausgeschlossen sein.

Wir fordern:

- Die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft
- Die Schaffung von sozial gefördertem und bezahlbarem Wohnraum
- Die Verlängerung der Sozialbindungen
- Den Stopp von Mieterhöhungen

Zur sozialen Aufgabe öffentlicher Wohnungsgesellschaften gehört auch die Pflicht, finanzschwache Mieter*innen nicht durch überzogene energetische Sanierungen zu

belasten. Dazu sind Konzepte zur sozialen Begleitung von Gebäudesanierungen zu entwickeln. Die Möglichkeit zur einseitigen Umlage der Kosten auf Mieter*innen muss abgeschafft werden. Es muss eine klare Begrenzung der Mietpreise geben. Besonders in den Ballungsräumen dürfen Hartz IV- und Sozialhilfe-Leistungsberechtigte nicht mit Mietobergrenzen außerhalb jeder Realität gegängelt werden. Städte, Landkreise und Gemeinden müssen mit finanzieller Unterstützung durch das Land Hessen qualifizierte Mietspiegel erstellen und sich um kommunale Wohnungsvermittlungen kümmern. Öffentliche Förderung soll an Mietvergünstigungen für Geringverdienende, Familien und Rentner*innen gebunden sein.

Wir fordern:

- Die Entwicklung von Konzepten zur sozialen Begleitung von Gebäudesanierungen
- Die Abschaffung der einseitigen Umlagemöglichkeit zu Lasten der Mieter*innen
- Realistische Mietobergrenzen, die für geringverdienende und finanziell schwache Menschen bezahlbar sind
- Die öffentliche Förderung an Mietvergünstigungen zu koppeln

Der Bestand an Sozialwohnungen in Hessen ist nur durch Neubau zu erhalten. Dafür müssen kommunale Wohnungsbaugesellschaften gestärkt und Wohnungsgenossenschaften besser gefördert werden. Deshalb fordert DIE LINKE für Hessen ein Landesprogramm zur Schaffung von jährlich mindestens 10.000 neuen geförderten und barrierefreien Wohnungen, für den Kreis Offenbach bedeutet das den Bau von 700 Wohnungen jährlich. Der Kreis Offenbach soll mit ausreichenden zweckgebundenen Mitteln von Bund und Land ausgestattet werden. Um dies zu erreichen ist eine soziale Boden- und Grundstückspolitik der Kommunen dringend erforderlich. Darüber hinaus muss in Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf der Leerstand von Wohnungen zu Spekulationszwecken und dessen Umwandlung in Gewerberäume unterbunden werden.

Wir fordern:

- Auf Landesebene den Bau von jährlich 10.000 neuen Sozialwohnungen (700 für den Kreis Offenbach jährlich)

- Eine höhere zweckgebundene Finanzierung durch Bund und Land zu Gunsten des Wohnungsbaus
- Keine Umwandlung von leerstehenden Wohnungen in Gewerberäume oder Spekulationsobjekte

DIE LINKE. fordert eine soziale Bodennutzung und eine Investorenquote. Dieses Konzept wird in zahlreichen Großstädten erfolgreich angewandt. Private Investoren werden unter bestimmten Voraussetzungen zum Bau von Sozialwohnungen verpflichtet. Wir lehnen es ab, potenzielles Bauland für Wohnungen, welches sich im Besitz der Kommunen befindet, an die meistbietenden Investor*innen zu verkaufen. Stattdessen sollte es öffentlichen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften zur Errichtung von Sozialwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Im Kreis Offenbach regt DIE LINKE. im innerstädtischen Bereich eine Nachverdichtung bestehender Siedlungsraumes in Form sozialen Wohnungsbaus an. Die weitere unkritische Versiegelung von Grünflächen lehnt DIE LINKE. ab.

Wir fordern:

- Die Einführung einer Quote für Sozialwohnungen bei Neubauten
- Kein Verkauf von öffentlichem Bauland an Investor*innen
- Die Nachverdichtung im innerstädtischen Raum zur Schaffung neuer bezahlbarer Wohnungen
- Keine weitere unkritische Versiegelung von Grünflächen

6. Gute Bildung für alle- in der Kita und der Schule!

DIE LINKE. setzt sich für kostenlose Kindergärten und Krippenplätze in allem Kommunen des Kreises Offenbach ein. Das Einkommen der Eltern darf nicht darüber entscheiden, ob ein Kind die Möglichkeit erhält, in einem Kindergarten oder einer Krippe mit gleichaltrigen in Kontakt zu kommen. Die Öffnungszeiten müssen an die Arbeitszeiten der Eltern angepasst werden. DIE LINKE. setzt sich für eine übertarifliche Bezahlung von Erzieher*innen ein und fordert, dass diese ihre Ausbildung nicht mehr selbst bezahlen müssen. Infolgedessen glauben wir an eine steigende Nachfrage der Ausbildung zur Erzieher*in, die im Kreis Offenbach stattfinden soll, sodass vor Ort mehr ausgebildetes Personal zur Verfügung steht.

Wir fordern, dass die Ausbildung zur Tagesbetreuung vom Kreis übernommen wird.

Wir fordern:

- Kostenlose Kindergarten- und Krippenplätze und damit das Recht auf einen solchen Platz
- Eine höhere Bezahlung von Erzieher*innen und die staatliche Übernahme der Ausbildungskosten
- Langfristig ein Ende unausgebildeter Kräfte in der Kinderbetreuung- und Kindererziehung

Eine gute Schulpolitik auf kommunaler Ebene ist für DIE LINKE. eine entscheidende Basis für den späteren beruflichen Erfolg von jungen Menschen. Sie ist aber auch die Grundlage, jungen Menschen ein Gefühl der Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft zu vermitteln, sie zur eigenen Entfaltung zu ermutigen und sie zu demokratischen Werten zu erziehen. Weil die Schule den Weg für das weitere Leben ebnet, sehen wir die dringende Notwendigkeit der Chancengerechtigkeit für alle jungen Menschen gegeben. DIE LINKE. tritt für eine Schule ein, in der junge Menschen die gleichen Chancen erhalten, ungeachtet ihrer elterlichen Herkunft oder ihrer persönlichen Interessen. Hierfür fordert DIE LINKE. die ganztägliche Betreuung auszubauen, um Bildungsnachteile von familiärer Seite auszugleichen. Auch müssen Schulen im Sinne des Teilhabegesetzes fortlaufend bei der Sicherstellung der Unterstützung für Schüler*innen mit Beeinträchtigungen unterstützt werden. DIE LINKE. setzt sich für eine Ausweitung der Schulsozialarbeit ein und fordert eine Mindestanzahl von Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen an Schulen im Kreis Offenbach. Wir lehnen das verkürzte Abitur (G8) ab, da es einen ungerechtfertigten Leistungsdruck für Schüler*innen darstellt. Privatschulen stellen für uns keine geeignete Alternative zum gemeinsamen Lernen aller jungen Menschen dar, da sie die Türen für einen Großteil unserer Gesellschaft verschließen und damit einem gemeinsamen Lernen und vor allem einem voneinander Lernen junger Menschen widersprechen.

Wir fordern:

- Den Ausbau der Schulsozialarbeit und psychologischen Betreuung durch mehr Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen an den Schulen im Kreis Offenbach
- Den Ausbau der schulischen Ganztagsbetreuung
- Die Unterstützung der Schulen zur Sicherstellung des gemeinsamen Lernens aller jungen Menschen ungeachtet von eigenen Fähigkeiten und Hintergründen
- Das baldige Ende des mehrgliedrigen Schulsystems zum Wohle eines längeren gemeinsamen Lernens

Unlängst finden sich vor allem die jüngeren Generationen in einer zunehmend digitalisierten Welt wieder, die sie einerseits selbst nutzen und gestalten und die andererseits einen hohen sozialen Druck auf sie ausübt. DIE LINKE. sieht die Schulen in der Verantwortung junge Menschen bestmöglich auf das Leben vorzubereiten. Um diese Vorbereitung zu gewährleisten, muss ein kritischer Umgang mit sozialen Medien und dem Internet bereits in den Schulen gelernt werden. Hierfür müssen einerseits Lehrkräfte besser und regelmäßiger im Umgang mit sozialen Netzwerken und dem Internet geschult werden und zugleich müssen Schulen so ausgestattet werden, dass die für den Unterricht notwendige Hardware (Tablets, Laptops, PCs etc.) zu Verfügung steht. DIE LINKE. lehnt es ab, wenn private Unternehmen diesen Unterricht gestalten sollen und die dafür notwendige Hardware zu Werbezwecken sponsern. DIE LINKE. sieht den Staat und die Träger der Schulen in der Verantwortung, die durch die Digitalisierung notwendige technische Ausstattung zu gewährleisten und die Lehrkräfte dahingehend zu schulen. Nicht erst die Coronapandemie und die damit verbundenen Teilschließungen der Schulen haben die desolate technische Ausstattung der Schulen in Bezug auf digitale Lehre offengelegt. DIE LINKE. fordert eine bessere technische Ausstattung von Lehrkräften und Schüler*innen für zuhause. So dürfen Lehrkräfte nicht mit ihrem eigenen technischen Equipment allein gelassen werden, sondern jeder Lehrkraft muss ein Arbeits-Tablet oder einen Laptop für den heimischen Gebrauch zu Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig muss Schüler*innen ein kostenloser Zugang zu selbigen für den schulischen Gebrauch geboten werden.

Wir fordern:

- Das Erlernen und Sensibilisieren im Umgang mit sozialen Netzwerken und dem Internet in die Lehrpläne aufzunehmen
- Eine bessere technische Ausstattung der Schulen mit schneller Internetverbindung
- Die bessere und regelmäßiger Weiterbildung von Lehrkräften im Umgang mit sozialen Netzwerken und dem Internet aber auch mit der dafür notwendigen Hardware
- Die bessere Ausstattung von Lehrkräften und Schüler*innen im Home-Office durch die öffentlichen Träger
- Die Entwicklung eines modernen Schulsystems, dass soziales Lernen im Präsenzunterricht ebenso gewährleistet wie die Sicherheit aller Schüler*Innen durch digitalen Unterricht

7. Kulturkreis Offenbach

Kultur gehört zum Leben dazu. DIE LINKE. möchte den kulturellen Reichtum des Kreises Offenbach erhalten und ausbauen. Durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie sind Kulturschaffende nachhaltig wirtschaftlich beeinträchtigt. Das gilt für Musiker*innen, Künstler*innen und Schauspieler*innen, ebenso wie für Vereine und Gastronomie.

DIE LINKE. fordert neue digitale Auftrittsmomente, um Kunst- und Kulturschaffenden ihre Arbeit zu ermöglichen und den Menschen im Kreis kostenlosen Zugang zu Kultur zu ermöglichen. Vereine sind elementarer Bestandteil einer Kulturlandschaft. DIE LINKE. fordert finanzielle und beratende Unterstützung, um das Vereinsleben zu sichern.

Wir fordern:

- Die Einrichtung öffentlicher digitaler Auftrittsmomente für Kunst- und Kulturschaffende
- Die finanzielle Unterstützung für Kunst- und Kulturschaffende, sowie für Vereine, die durch die Coronapandemie in Not geraten sind

Kultur braucht Platz! Entsprechend sieht es DIE LINKE. Kreis Offenbach als Aufgabe des Kreises, Räume zu schaffen, in denen Proben, Auftritte und Ausstellungen stattfinden können. DIE LINKE. kämpft um den Erhalt der Musikschulen in den Kommunen des Kreises Offenbach, da sie nicht nur der musikalischen Bildung dienen, sondern auch Menschen aller Generationen zusammenbringen.

Wir fordern:

- Die Schaffung von Räumen für Kunst- und Kulturschaffende
- Den Schutz der Musikschulen im Kreis Offenbach

8. Umwelt- und Naturschutz im Kreis Offenbach

In den letzten Jahren ist immer offensichtlicher geworden, dass die Zerstörung unserer Umwelt zu großen Problemen in der Natur führt. Vorher nur seltene Wetterphänomene treten häufiger auf und haben extremere Ausmaße und das weltweit. Stürme in immenser Stärke, wie der Sturm im Kreis Offenbach vom 18.08.2019, der große Waldflächen verwüstet hat, waren in den letzten drei Jahren zu beobachten. Dürren, die dem Wald zusetzen und den Grundwasserspiegel absinken lassen, Überschwemmungen und andere Katastrophen suchen unseren Planeten immer häufiger heim. Schuld daran ist zum größten Teil der Mensch, der mit der Ausbeutung der Ressourcen für seine eigenen Zwecke ohne Skrupel so viel natürliche Räume zerstört, dass die Erde ihren eigens auf Leben ausgerichteten Schutz nicht mehr aufrechterhalten kann.

Auch in unserem Kreis hat die Zerstörung natürlicher Lebensräume und landwirtschaftlich genutzter Flächen immer mehr zugenommen.

- Durch die Umwandlung von Grünland und Ackerflächen in Baugebiete für Wohnungen und Gewerbegebiete wurden viele Tiere (zum Beispiel der Feldhase und der Jagdfasan) verdrängt.
- Durch die Versiegelung der Böden wird großer negativer Einfluss auf den natürlichen Wasserkreislauf genommen.

- Durch den Abbau von Sand und Kies werden Wälder unwiederbringlich zerstört.
- Durch Monokulturen in unseren Wäldern werden Baumschädlingen wie dem Borkenkäfer aber auch Bäume zerstörenden Pilzen und Stürmen große Angriffsflächen geboten.
- Durch Pestizide ist 70% der Insekten ausgerottet. Dadurch finden auch viele Vögel keine Nahrung mehr.

Hier muss gegengesteuert werden, und zwar dringend. Beispiele, wie das geschehen kann gibt es zur Genüge. DIE LINKE. Kreis Offenbach unterstützt weiterhin das Aktionsbündnis Langener Bannwald. Wir fordern den ausdrücklichen Stopp der weiteren Auskiesung und die sofortige Fortsetzung der vertraglich vereinbarten Renaturierung. Hierbei ist eine Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands anzustreben, sprich es sollte kein noch größerer See entstehen, sondern wieder aufgeforstet werden. Hierfür muss die Firma Sehring in vollem Umfang auch die Kosten übernehmen.

Wir fordern:

- Sofortige Renaturierung der bereits ausgekiesten Bereiche durch die Firma Sehring. Hierbei fordern wir eine Wiederaufforstung und Herstellung des ursprünglichen Zustandes. Einer flächenmäßigen Vergrößerung des Sees ist zu vermeiden. Erde für die Wiederauffüllung liefern gern die vielen Baufirmen, die jetzt schon nicht mehr wissen, wohin mit dem Bodenaushub (Muttererde).
- Keine weitere Rodung des Langener Bannwaldes durch die Firma Sehring! Wir fordern einen sofortigen Rodungsstopp im Langener Bannwald. Die noch vorhandenen Baumbestände sind zu schützen.
- Statt große Flächen für Eigenheime zu versiegeln müssen mehrgeschossige Häuser gebaut werden, vornehmlich an den Nordrändern der Baugebiete, um davorstehende niedrigere Häuser nicht vollkommen zu verschatten.
- In den bereits ausgeschriebenen Baugebieten ist für Durchlüftung durch Grünschnitten mit Baum- und Buschbestand und Blühwiesen in West/Ost-Ausrichtung zu sorgen. Bei der Bepflanzung sind einheimische Pflanzen zu verwenden.
- Es dürfen keine weiteren Grünland- und Ackerflächen als Bauland ausgeschrieben werden.

- Nicht genutzte Flächen müssen umgehend der Natur zurückgegeben werden.
- Es muss ein kreisweites Programm zur Aufforstung des zerstörten Baumbestandes beschlossen werden. Die Kommunen, Hessenforst und die privaten Waldbesitzer müssen bei der Beseitigung von Schäden des Sturmes am 18.08.2019 und der Schäden durch Trockenheit und Schadinsekten Unterstützung vom Kreis erhalten und Flächen übergreifend zusammenarbeiten.
- Bestehende gesunde Baumbestände sind zu erhalten. Eine weitere Abholzung darf nicht stattfinden.
- Sofortiges Verbot von Glyphosat (z.B. RoundUp)

9. Eine Landwirtschaft im Interesse von Landwirt*innen, Tieren und Umwelt

Immer wieder werden Landwirt*innen beschuldigt für die Wasser- und Bodenverunreinigungen verantwortlich zu sein. Es gibt aber viele Verordnungen, Gesetze und Vorschriften, die dieses Risiko minimieren, welche von ihnen auch eingehalten werden. Schon jetzt ist ein klassischer kleiner landwirtschaftlicher Familienbetrieb nicht mehr nur „Bauer“, sondern ebenso „Kaufmann*frau, Rechenkünstler*in, Büroschreibkraft, Computerspezialist*in und Werbefachkraft“. Für ihre Arbeit bekommen sie wenig Geld und oft auch noch negative Stimmen und Meinungen zu hören. Gleichzeitig erzielen vom Staat subventionierte Agrarkonzerne große Gewinne zulasten von Tieren und Menschen, die in diesem Bereich arbeiten. Diese Subventionen richten sich nach Fläche und berücksichtigen das Tierwohl nicht. Viele Landwirt*innen haben in den vergangenen 5 Jahren große Flächen verloren, welche in Bau- bzw. Bauerwartungsland umgewandelt wurden. Dadurch sind sie zum Teil nicht mehr in der Lage genug Futter für ihre Tiere anzubauen und müssen dieses teuer zukaufen. Es darf keine weitere Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen erfolgen. Der Bestand an Acker- und Grünflächen darf sich nicht weiter verringern.

Unsere landwirtschaftlichen Betriebe im Kreis Offenbach müssen in die Lage versetzt werden kostendeckend zu arbeiten. Für Naturschutzprojekte der landwirtschaftlichen

Betriebe in unserem Kreis sollten Zuschüsse gezahlt werden. Zum Beispiel können Ackergrenzen in Zusammenarbeit mit den Landwirt*innen mit einheimischen Feldrandgehölzen bepflanzt werden. Um den landwirtschaftlichen Betrieben einen Um- und Ausbau ihrer Stallungen für mehr Tierwohl zu ermöglichen, müssen Bauvorhaben zügig und mit einfacherer Beantragung zu genehmigen sein. DIE LINKE. im Kreis Offenbach möchte eine Kooperation zwischen Landwirtschaft, Kreis und Naturschutzgesellschaften schaffen. Nur wenn wir alle an einem Strang ziehen, und zwar am gleichen Ende, können wir hier im Kreis eine ökologische und ertragsreiche Landwirtschaft fördern.

Wir fordern:

- Eine kreisübergreifende Förderung der Landwirtschaft bei Naturschutzprojekten ist einzuführen.
- Es muss eine Kooperation zwischen Kreis, Landwirtschaft und Naturschutzgesellschaften geschaffen werden.
- Es dürfen kreisweit keine weiteren landwirtschaftlich genutzten Flächen mehr als Bauerwartungs- bzw. Bauland ausgeschrieben werden.
- Unsere landwirtschaftlichen Betriebe im Kreisgebiet müssen besonders geschützt und unterstützt werden.

10. Mobilität für alle- sozial und umweltgerecht!

DIE LINKE. lehnt die noch immer andauernde politische und finanzielle Bevorzugung des Automobils gegenüber öffentlichen Verkehrsmitteln ab. Bei der Planung zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ist ein Ausbau des bestehenden Schienennetzes und der Radwege zu favorisieren, nicht die Vergrößerungen von Autobahnen. Unumgängliche Straßenneubauten zur Entlastung der Ortskerne dürfen nicht zur Zerstörung weiterer Grünflächen und Waldbestände führen.

DIE LINKE. steht für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) aus ökologischen und sozialen Gründen. Die bestehenden öffentlichen Nahverkehrsmittel müssen gefördert und neue Konzepte öffentlicher Mobilität entwickelt werden. Grundsätzlich ist dem ÖPNV Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr einzuräumen. Letzterer führt zu immensen Belastungen der Umwelt

und der Menschen durch Feinstaub und Lärm. Die ÖPNV-Preisgestaltung muss sozialen Kriterien Rechnung tragen, denn insbesondere einkommensschwache Menschen sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, die Fahrpreise sind nicht bezahlbar oder im außerstädtischen Bereich sind die öffentlichen Nahverkehrssysteme gar nur unzureichend vorhanden. DIE LINKE. strebt einen Null-Tarif im öffentlichen Nahverkehr an. Die Beförderung von Schüler*innen muss schon jetzt kostenfrei bis zur 13. Klasse und für Fahrten zur Berufsschule und dem Ausbildungsplatz angeboten werden. DIE LINKE. fordert zudem eine deutliche finanzielle Unterstützung eines Systems von Anrufsammeltaxen (AST), Shuttle- oder Rufbussen und begrüßt die Einführung des Hoppers im Osten des Kreises Offenbach. Dieser oder ein ähnliches System muss langfristig im gesamten Kreis Offenbach als Ergänzung zum bestehenden Bus- und Bahnnetz Verwendung finden und dient nicht nur der Feinerschließung, sondern kann insbesondere für Menschen mit Beeinträchtigung ein barrierefreies Verkehrsmittel darstellen. DIE LINKE setzt sich für die Ausweitung der bereits bestehenden Buslinie OF-99 ein (15 Minuten Taktung). Sie ist die aktuell einzige Buslinie, die den Westen und den Osten des Kreises miteinander verbindet. Anwohnende entlang der Strecke der Dreieichbahn beklagen regelmäßig Lärmbelästigung und Luftverschmutzung durch dieselbetriebene Züge. DIE LINKE. fordert die Elektrifizierung und Modernisierung der Dreieichbahn aus Umwelt- und Lärmschutzgründen. Darüber hinaus ist eine engere Taktung der Verbindungen zu prüfen. Durch die Ausweitung der Fahrten der S-Bahnen, können Menschen nun auch nachts durch das Rhein-Main Gebiet pendeln. DIE LINKE. sieht hierin einen großen Erfolg für Nachtarbeitende und Nachtschwärmende. Gleichzeitig fordert DIE LINKE. die nächtliche Anbindung aller Kommunen des Kreises an das S-Bahnnetz sicherzustellen. Dementsprechend fordern wir die Ausweitung auf Nachtfahrten der Buslinien OF-85 und OF-86, die Hainburg, Mainhausen und Seligenstadt mit der nächstgelegenen S-Bahnstation in Obertshausen verbinden.

Wir fordern:

- Das Ende der finanziellen Bevorzugung des Automobils gegenüber öffentlichen Verkehrsmitteln von politischer Seite.
- Keine umweltzerstörenden Neubauten von Straßen und keine Erweiterungen von Autobahnen.

- Die langfristige Sicherstellung eines kostenlosen ÖPNVs für alle Menschen.
- Die Sicherstellung der Feinerschließung durch beitragsfreie Shuttlebusse und Taxen im Kreis Offenbach.
- Die Ausweitung der Verbindungen unserer Kommunen durch zusätzliche Buslinien.
- Die Gewährleistung ganzzzeitlicher Anbindungen aller Kommunen an das S-Bahnnetz.

DIE LINKE. setzt sich für eine stärkere Förderung von Car-Sharing-Projekten durch den Bund ein, da diese die Zahl aktiver Privatfahrzeuge reduzieren können und zu einem allgemein bewussteren Umgang mit Fahrzeugen beitragen. Gleichzeitig sollen bereits vorhandene Strukturen im Kreis Offenbach ausgebaut werden. DIE LINKE. sieht in der von Grünen und anderen favorisierten E-Mobilität nicht die Lösung der realen Umweltprobleme, sondern lediglich eine Verschiebung des Problems. Der sozial höchst problematische und aus Umweltschutzgründen höchst zweifelhafte Abbau von Lithium für Batterien von E-Autos stellt für uns keine Besserung des verkehrspolitischen Missstandes dar. DIE LINKE. setzt sich für eine stärkere unabhängige Erforschung alternativer und nachhaltiger Antriebsmöglichkeiten ein und sieht im motorisierten Individualverkehr langfristig keine Möglichkeit einer sozial- und umweltverträglichen Mobilität. Die gemeinschaftlichen und öffentlichen Verkehrsmittel müssen allerdings zuerst so ausgebaut sein, dass Personen keinen lebensbeeinträchtigenden Nachteil durch den Wegfall des privaten Automobils erleben.

Wir fordern:

- Den Ausbau vorhandener Car-Sharing-Netze.
- Die langfristige Überwindung des motorisierten Individualverkehrs.

Neben dem Ausbau des ÖPNVs, tritt DIE LINKE. auch für eine attraktivere Gestaltung des Kreises für Fahrradfahrende ein. Das Radwegenetz muss in den Städten aber auch zwischen den Städten ausgebaut werden, wie zuletzt der Streckenabschnitt zwischen Rodgau-Hainhausen und Heusenstamm-Rembrücken. Beschädigte Fahrradwege müssen erneuert werden. In den Kommunen unseres Kreises tritt DIE LINKE. für eine deutlich freundlichere Nutzbarkeit der Straßen für Fahrradfahrende ein. So sollen mehr Fahrradstraßen, in denen Fahrräder vor Autos

Vorrang haben, eingerichtet werden und kleinere Nebenstraßen gänzlich für den Autoverkehr gesperrt werden. Die Hauptverkehrsachsen und Hauptstraßen müssen durch geschützte Fahrradstreifen umgestaltet werden. Um sicherzustellen, dass alle Menschen die Möglichkeit der Fahrradnutzung haben, setzt sich DIE LINKE. für die Einführung eines kreisweiten Bike-Sharing-Systems in öffentlicher Hand ein. Durch Reparatur- und Ersatzteilautomaten in allen Kommunen, sollen Fahrradfahrende künftig im Falle einer Panne abgesichert werden. DIE LINKE. kritisiert den großen öffentlichen Platzverlust den geparkte PKWs erzeugen und setzt sich für den Umbau von Parkplätzen in Fahrradabstellplätze an ausgewählten Stellen ein.

Wir fordern:

- Die Ausweitung des bestehenden kreisweiten Fahrradnetzes, insbesondere zwischen den Kommunen aber auch zu den anschließenden Nachbar-Kreisen und Städten.
- Die Einrichtung von mehr geschützten und beleuchteten Fahrradstraßen in den Kommunen.
- Die Einrichtung von geschützten Fahrradstreifen auf den innerstädtischen Verkehrsachsen,
- Die Etablierung eines kreisweiten Bike-Sharing-Systems.
- Reparatur- und Ersatzteilautomaten in allen Kommunen.
- Mehr Fahrradabstellplätze im öffentlichen Raum.

Der Kreis Offenbach liegt in unmittelbarer Nähe zum Frankfurter Flughafen. Gerade die Menschen im Westen des Kreises haben mit Fluglärm zu kämpfen. Hinzu kommt die große Klimabelastung, die der Flugverkehr erzeugt. DIE LINKE. lehnt daher jeden weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens konsequent ab. Die von CDU und Grünen angeführte Flughafenerweiterungspolitik hat sich seit der Pandemie erledigt. Sie dient ausschließlich den Profiten der ansässigen Unternehmen und Konzerne und hat kaum einen langfristigen Nutzen für die Menschen, und erst recht nicht für die Umwelt. DIE LINKE. fordert die Streichung von Ausnahmeregelungen und strikte Einhaltung des derzeit geltenden Nachtflugverbots. Die langfristige Einschränkung des Flugverkehrs darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden.

Wir fordern:

- Kein weiterer Ausbau des Frankfurter Flughafens.
- Die Beschränkung der aktuellen Flugbewegungen.
- Die strikte Einhaltung des Nachtflugverbots.

11. Mitmachen! Für eine bessere Politik im Kreis Offenbach

DIE LINKE. kämpft innerhalb und außerhalb der Parlamente für eine Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Ob für soziale Gerechtigkeit, einen sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft oder eine inklusivere Gesellschaft- für unsere Kämpfe brauchen wir Sie und Dich, denn nur so können wir den Kreis Offenbach wirklich verändern! Nur wenn sich alle einmischen und für einen lebenswerteren Kreis Offenbach streiten, wird uns dies gelingen.

DIE LINKE. steht aktiv solidarisch an der Seite von Bündnissen in unserem Landkreis, wie dem „Bündnis Langener Bannwald“, den „Seebrückenbündnissen“, den „Fridays For Future“-Gruppen im Kreisgebiet und den „Omas gegen rechts“.

Weiterhin sind wir solidarisch mit den Kämpfen der Pfleger*innen in den Asklepios-Kliniken und anderen Gesundheitseinrichtungen im Kreis, um eine bessere Bezahlung und besserversorgte personelle Ausstattung. Wir solidarisieren uns mit Menschenrechtsbewegungen und kämpfen mit migrantischen Organisationen gegen gesellschaftliche Ausgrenzung, Stigmatisierung und soziale Nachteile. Wir verteidigen die Forderungen von trans- und intergeschlechtlichen Menschen nach öffentlicher und rechtlicher Anerkennung über den Kreis Offenbach hinaus.

DIE LINKE. steht konsequent an der Seite aller, die für eine Gesellschaft laut sind, in der soziale Gerechtigkeit, der Schutz unseres Planeten und die freie Entfaltung des Einzelnen, in Solidarität mit allen anderen gegeben sind und verteidigt werden! Gerne begrüßen wir Sie und Dich, um gemeinsam für diese Anliegen zu streiten!